

Niederschrift der Sitzung des GEMEINDERATS

Sitzung Nr. 2 Ö

am Dienstag, 22. Februar 2005

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender:

Die Gemeinderäte:

Beigeordneter Anton Kremer

Back Udo

Dittmann Rouven

Edinger Jürgen

Geider Adolf

Götzmann Walter

Haffner Gerhard

Hambeck Otto

Hanke Dr. Paul

Heger Roman

Heger Rudi

Ittensohn Karl

Helmut Braun

Herr Kleiber, Herr Dietz, Herr Zorn

19.00 Uhr

20.45 Uhr

Knopf Horst

Köck Siegfried

Lang Robert

Mann Ludwig

Riemensperger Birgit

Rössler Beate

Runde Anneliese

Schell Achim

Schlett Andreas

Speckert Ferdinand

Weinlein Albert

Protokollführer:

Gäste:

Sitzungsbeginn:

Sitzungsende:

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 10.02.2005 ordnungsgemäß eingeladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 22 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Bürgermeister Eger

Es fehlen unentschuldigt:

keine

**Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2005 Nr. 2 Ö Tagesordnungspunkt: 1**

**Bekanntgabe der am 25.01.2005 gefassten Beschlüsse**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Beigeordneter Kremer:**

Ja meine Damen und Herren, ich darf Sie zur Gemeinderatssitzung sehr herzlich begrüßen, darf feststellen, dass rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen war. Gemeinderat Hambeck ist noch nicht entschuldigt, ich gehe deshalb davon aus, dass er zu uns stoßen wird. Der Bürgermeister ist entschuldigt, er ist erkrankt, deshalb führe und leite ich diese heutige Gemeinderatssitzung.

Ich rufe auf Punkt 1 Bekanntgabe der am 25.01.2005 gefassten Beschlüsse nichtöffentlicher Art und darf Sie wie folgt informieren.

Punkt 3 war die Vereinbarung zur Grundstücksneuordnung im Bereich der Hundeanlage und der Umgehungsstraße mit Kostenbeteiligung vom Land Baden-Württemberg. Diese wurde durch den Gemeinderat genehmigt.

Durch den Gemeinderat wurde ein Grundstücks- oder der Grundstückskaufvertrag mit dem Privatgymnasium bestätigt, statt ein Erbbaurechtsvertrag zu bewilligen.

Ein Ausbildungsplatz zur Verwaltungsfachangestellten wurde an eine örtlichen Bewerber vergeben. Dieser Bewerber wird die Stelle dann im September antreten.

Ein Ausbildungsplatz für den gehobenen Dienst wurde an eine auswärtige Bewerberin vergeben. Diese und auch der Ersatzbewerber, der bestimmt war, haben inzwischen abgesagt. Wir werden also im gehobenen Dienst keine Ausbildung im kommenden Jahr vornehmen.

Mit der Bewilligung einer Hausmeisterdienstwohnung für die Parkringschule und die Sporthalle Rot und Umänderung eines Arbeitsverhältnisses in ein Angestelltenverhältnis wurde der Gemeinderat befasst. Er hat auch dieser Änderung zugestimmt.

Zu guter Letzt wurde noch die Ausfallhaftung für ein Darlehen im sozialen Wohnungsbau durch die Gemeinde übernommen.

**Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2005 Nr. 2 Ö Tagesordnungspunkt: 2**

**Bestellung von Urkundspersonen**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Beigeordneter Kremer:**

Ich rufe auf Punkt 2 Bestellung von Urkundspersonen.

Hier habe ich turnusgemäß vorzuschlagen die Gemeinderäte Horst Knopf und Siegfried Köck.

Ich darf Ihre Zustimmung zu diesem Vorschlag unterstellen?

Vielen Dank

**Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2005 Nr. 2 Ö Tagesordnungspunkt: 3**

**Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Beigeordneter Kremer:**

Punkt 3 Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde ja wunschgemäß durch den Gemeinderat an den Beginn der Sitzung verlegt. Wenn hier aus der Bevölkerung Wünsche sind.

Herr Durst.

**Herr Durst:**

Ja guten Abend meine Damen und Herren ...

**Beigeordneter Kremer:**

Sie können gerne ans Mikrofon gehen. Vielleicht auch noch ein Hinweis. Diese Wortmeldungen werden ja auch im in den Gemeindnachrichten veröffentlicht. Sie können also bestimmen, ob Sie diese so wie Sie sie vortragen wortwörtlich in den Gemeindnachrichten veröffentlicht haben wollen oder auch nur hier Ihren Vortrag halten wollen.

**Herr Durst:**

Ja genau aus diesem Grund habe ich meine Anfrage auch schriftlich formuliert, damit sie auch in den Gemeindnachrichten dann auch veröffentlicht werden kann. Ich möchte mich noch mal kurz vorstellen für diejenigen, die mich nicht kennen. Ich heiße Roland Durst, wohne in St. Leon, bin verheiratet und habe zwei Kinder und der eine Sohn ist auch ein Grund, warum ich auch jetzt heute Abend hier stehe. Das ist mein 10-jähriger Junge, der geht seit dem September auf das neue Privatgymnasium hier in St. Leon-Rot. Und meine Anfrage bezieht sich auf den anstehenden Neubau. Ich darf mal kurz meine Anfrage, meine Bitte formulieren.

Mein Anliegen bezieht sich auf den Neubau des Privatgymnasiums. Ich bitte den Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung, die derzeitige Lage des Neubaus, nämlich im „Schiff“, zu überdenken und statt dessen die erheblich, meines Erachtens erheblich bessere Lage im Gewann „Vorderer Harres“ bzw. „Hinterer Harres“ nochmals in Betracht zu ziehen. Meine Gründe:

1. der Schulweg der Schulkinder ist verkehrssicherer. Die Landstrasse L 546 müsste nicht überquert werden. Das ist ja besonders auch für die St. Leoner Kinder aufgrund der Autobahnbrücke zwingend erforderlich und hinzukommt natürlich, dass die Kinder sowohl aus Rot als auch aus St. Leon mit dem Fahrrad fahren werden.
2. Die Verkehrsanbindung für Schulbusse wäre mit Sicherheit in der neuen Örtlichkeit erheblich besser zu realisieren, als dieses in der bisherigen Gemarkung der Fall wäre.
3. Durch die größere Grundstücksfläche, die eben dort zur Verfügung steht, bestehen dort aus perspektivischer Sicht, man bedenke, die Schule wird über die nächsten 40, 50 Jahre, vielleicht sogar noch länger, Bestand haben, bestehen eben aus diesem Grund erheblich mehr Möglichkeiten, beispielsweise Thema Sporthalle, Schwimmhalle, Internat, vielleicht gemeinsame Sportanlagen für die Zukunft et cetera.

In den letzten Wochen habe ich mit mehreren Eltern, vor allem aber auch mit Verantwortlichen des Privatgymnasiums, diese Alternative erörtert und bin auch dort auf Zustimmung gestoßen. Voraussetzung allerdings für diese Realisierung ist eine schnellstmögliche Umliegung möchte ich's mal, ob ich jetzt den richtigen Begriff nenne, Umliegung dieses Gewanns oder dieser Örtlichkeiten. Konkret meine ich damit innerhalb der nächsten 6 Monate. Wenn man bedenkt, dass möchte ich noch mal zu bedenken geben, dass die Schule die nächsten 40 bis 50 Jahre oder noch länger Bestand haben soll, dann sollte man meines Erachtens für diese immens wichtige Entscheidung diese Option ernsthaft in Betracht ziehen, zum Wohl und der Sicherheit unserer Kinder. Ich bin davon überzeugt, dass wenn alle, auch übergeordnete Stellen natürlich, an einem Strang ziehen, dieses machbar wäre.

Deshalb bitte ich den Gemeinderat und die Verwaltung mein Anliegen wohlwollend und vor allem auch kurzfristig zu prüfen. Dankeschön.

**Beigeordneter Kremer:**

Gut, Herr Durst ich gehe davon aus, dass Sie wissen, dass dieses Grundstück durch die Investoren oder durch das Privatgymnasium an dieser Position ausgewählt wurde, dass natürlich das Privatgymnasium diejenige sein werden, die auch im Zweifel Anträge auf irgendwelche Veränderungen von Grundstücken stellen. Ich kann Ihnen nur soviel sagen, die Gemeinde hat in dem Bereich, wo Sie jetzt da angerührt haben, keine Grundstücke. Eine Umliegung wird in dieser Zeit genauso wenig möglich sein. Also ich würde schon sagen, dass Sie Ihre Wünsche, die sicherlich zu überlegen sein können, über das Privatgymnasium an die Gemeinde herantragen und dann von dort, wenn überhaupt noch möglich, Änderung vorgenommen werden. Wenn wir davon ausgehen, dass im April, März April Baubeginn sein soll, dass die ganze Planung gemacht ist, dass natürlich auch ja Staatszuschüsse gegeben werden, dann kann ich mir Ihren Wunsch nicht so ohne weiteres als realistisch vorstellen, denn es würde ja auch einiges an Planungskosten dann in den Sand gesetzt und dann natürlich auch entsprechend beihilfeschädlich dann zur Wirkung kommen. Aber sicherlich, Ihr Wunsch, Ihre Anfrage ist so hier angekommen, nur die Gemeinde selber, glaube ich, ist in diesem Fall nicht der richtige Ansprechpartner.

Ganz kurz.

**Herr Durst:**  
Ich habe eine kleine ganz kurze Anmerkung dazu. Ich habe gerade aus dem Grund, weil ich weiß, dass es völlig relativ kurzfristig der Fall wäre, aber ich habe, wie gesagt mit den Verantwortlichen des Privatgymnasiums diese Thematik erörtert. Ich denke einfach, wenn man alle betroffenen Grundstückseigentümer der beiden Gewanne „Vorderer“ und „Hinterer Harres“ an einen Tisch holt, um dann diesen Plan kurzfristig abzuklopfen, sind diese zu verkaufen, sind sie bereitwillig zu verkaufen ja oder nein, dann müsste man doch Möglichkeiten sehen, dass das Ganze, auch wenn es sich um einige Monate verschiebt, das ganze noch anderweitig abzuwickeln als bisher geplant.

**Beigeordneter Kremer:**

Gut, dem Grunde nach ist das keine weitere Information. In jedem Fall müsste das Privatgymnasium tätig werden. Wir können natürlich hier keine Vorschriften, keine Anträge stellen. Es waren ja ursprünglich gute Gründe da, ins Gewerbegebiet zu gehen, und wir wissen intern nicht, wie sich diese Gründe auch verändert haben sollen.

Sind weitere Wünsche und Anfragen ?

Nicht der Fall.

<b>Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2005 Nr. 2 Ö Tagesordnungspunkt: 4</b> <b>Beratung und Beschlussfassung zum Haushaltsplan 2005 sowie der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe „Erholungsanlage St. Leoner See“, „Wasserversorgung St. Leon-Rot“ und „Abwasserversorgung St. Leon-Rot“ für das Haushaltsjahr 2005</b>
--

**Ausführungen und Beschluss:**

**Beigeordneter Kremer:**

Dann komme ich zu Punkt 4, Beratung und Beschlussfassung zum Haushaltsplan 2005.

Ich möchte zu diesem doch sehr wesentlichen Punkt ein paar Grundsatzinformationen, insbesondere auch für die anwesende Bürgerschaft, geben, die sich ja bisher mit dem Haushalt 2005 noch nicht so befasst hat, wie dies im Gemeinderat möglich war. Sie alle sollten bedenken, der Haushaltsplan ist eine größere Aufgabe, die jährlich durch die Verwaltung in enger Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat zu erfolgen hat. Seit Oktober vergangenen Jahres werden die Dinge zusammengetragen, Mittel berechnet und dann entsprechende Maßnahmen in den Haushaltsentwurf eingestellt. Dieser Haushaltsentwurf, der dem Finanzausschuss am 17. und 18. Januar zur Diskussion vorgelegen hat, war in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Der Gemeinderat hat hier sehr eingehend sich mit den einzelnen Positionen befasst und dann auch entsprechende Informationen zu diesen Ansätzen erhalten.

Die Fraktionen waren gebeten, dass man Änderungswünsche, die während der Sitzung und auch ohne jetzt die Gesamtfraktion vorher zu befragen, nicht artikuliert werden konnten, bis 01.02. an die Verwaltung herangetragen werden sollten. Wir hätten dann versucht, diese in den Haushaltsentwurf, der heute Abend verabschiedet werden sollte, einzuarbeiten. Statt dessen wurde der Wunsch von den Fraktionen geäußert, dass man den Haushalt heute Abend noch mal offen hält, dass man zu einzelnen Positionen diskutieren kann und dass man heute Abend entsprechende Anträge auf Veränderungen stellt, sofern dies dann letztlich Mehrheitsmeinung geben sollte.

Wir würden dann für die Märzsession einen wieder ausgeglichenen Haushalt vorlegen, einen Entwurf der Haushaltssatzung erarbeiten, die dann durch den Gemeinderat zu beschließen wäre. Also heute haben wir diese Haushaltssatzung nicht jetzt dabei, einfach deshalb nicht, weil eben die Dinge noch offen gestaltet waren. Ich möchte Ihnen aber auch sagen, dass wir im Moment in einer haushaltslosen Zeit leben, und dass wir grundsätzlich neue Maßnahmen nicht angehen können. Laufende Dinge, Vertragsdinge, die wir eingegangen sind, können wir selbstverständlich erfüllen, aber neue Maßnahmen sind in dieser Zeit nicht möglich. Deshalb dann meine Bitte, dass man zumindest dann im März den Haushalt auf den Weg bringt, dass dann das Restjahr genutzt werden kann, um dann die im Haushalt genannten Maßnahmen dann auch anzugehen.

Ein paar Kennzahlen zum Haushalt 2005, der die Finanzsituation der Gemeinde doch etwas darstellt, nun von mir. Der Verwaltungshaushalt umfasst 23,9 Millionen, im Vorjahr waren es 23,1 Millionen. Die Personalkosten machen 3,3 Millionen aus, im Vorjahr waren es 3,2 Millionen. Die Sachkosten sind auf 3,5 Millionen ermittelt, im Vorjahr waren es sogar 4 Millionen. Hier hat man gewisse Maßnahmen nicht mehr oder einmalig gehabt, die dann im Folgejahr sich nicht wiederholen haben. Insbesondere auch im Bereich der Unterhaltung, denn in diesen Sachkonten sind Unterhaltungsmaßnahmen am Gemeindevermögen, an den Straßen, eben an allen Einrichtungen von 753.000 Euro enthalten, im Vorjahr waren dies noch 1,2 Millionen Euro. Zuschüsse an Vereine, an Kindergartenträger, an Musikschulen, an andere Einrichtungen belaufen sich auf immerhin 1,8 Millionen. Im Vorjahr waren dies noch 1,6 Millionen. Die Kindergartenträger werden damit ausgestattet, dass man auch das Angebot erweitern kann, und so ist es nun im Haushaltsentwurf eingegangen. Wir haben eine Zuführungsrate, die Investitionsrate, von einer Million siebenundneunzigtausend, im Vorjahr waren dies noch 1,2 Millionen Euro. Die Steuerentwicklung für 2005 beurteilen wir nach wie vor als gut. 17,7 Millionen sollen es sein, im Vorjahr waren es 17,5 Millionen. Davon

eigene Steuern - also ohne Einkommensteueranteile - 12,5 Millionen, im Vorjahr 11,9 Millionen. Wir haben hier ein Plus von 652.000 Euro.

Die nächste Position erklärt, warum die Kommunen generell sagen, dass es finanziell sehr schlecht steht. Nämlich von unserer sehr guten eigenen Steuerausstattung sind Umlagen in Höhe von 10,5 Millionen in diesem Jahr an andere abzuführen über Gewerbesteuerumlage, über Finanzausgleichsumlage, über Kreisumlage. Im Vorjahr waren dies noch 9,7 Millionen, wir haben hier ein Plus von 783.000 Euro. Und wenn man den Steueranteil, der ja der einzige Haushaltsteil ist, der mehr Einnahmen als Ausgaben bewirtschaftet, betrachtet, so haben wir Nettosteuerereinnahmen von 7,2 Millionen, im Vorjahr 7,7 Millionen, ein Minus von 534.000, obwohl, dass die eigenen Steuern um 652.000 Euro zunehmen. Sie alle wissen, der Kreishaushalt hat erhebliche Belastungen aus dem Bereich Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe. Die Kreisumlage wurde das Jahr 2005 von 29,7 auf 33,6 % oder um 3,9 % erhöht. Und von den genannten 783.000 Euro die oder von den 534.000 Euro, die wir weniger Steuereinnahmen haben, sind allein 481.000 Euro durch diese höhere Kreisumlage bedingt. Im Vermögenshaushalt beziffern sich die Summen auf 3 Millionen einundsechzigtausend Euro, im Vorjahr waren es noch 3,1 Millionen. Wir haben Bauinvestitionen von 1,5 Millionen vorgesehen. Wir haben Grundstücksverkehre von 440.000. Wir haben auch eine Einstellung in die Leasingrücklage, so wie sie ja schon vor Jahren beschlossen war von 296.000 Euro. Wir haben eine außerordentliche Kredittilgung von 240.000 bzw. 290.000 Euro und haben Investitionszuschüsse von 214.000 Euro im Haushalt vorgesehen. Im wesentlichen belaufen sich die Einnahmen aus Grundstückserlösen, die über die Gewerbegebiete, über die Baulandgebiete, die wir ja in den letzten Jahren erschlossen haben, hereinkommen sollen mit 1,7 Millionen. Wir haben die Zuführungsrate von einer Million siebenundneunzig und haben auch noch Erlöse aus Kreditrückführungen von unseren Betrieben von 176.000 Euro.

Im Finanzausschuss habe ich den Mitgliedern des Gemeinderats vorgeschlagen, dass wir bei dieser Situation durchaus im Bereich Betriebskosten wohl etwas Luft haben können. Dass wir aber im Vorfeld natürlich nicht wissen, wird der Winter lang und kalt, werden weitere oder werden überhaupt jetzt Reparaturen im größeren Umfang anfallen. Aber wir sollten in jedem Fall sollten wir alle frei werdenden Mittel in die Rücklage einstellen. Denn diejenigen, die sich mit den Gemeindefinanzen seit längerem befassen, wissen ja, dass von unseren Steuereinnahmen in den letzten zwei Jahren Verbindlichkeiten von rund 15 Millionen sich aufgebaut haben, wo wir noch Kreisumlage zahlen müssen, wo wir noch diese Finanzausgleichsumlage abführen müssen, und es bei uns ja über das Haushaltsrecht nicht möglich ist, dies als Verbindlichkeiten auszuweisen, sondern wir müssen diese Mittel, wenn wir sie zurücklegen wollen, in die Rücklage einstellen, und können dann, wenn die Steuern einmal nicht mehr so fließen, aus der Rücklage heraus dann diese in der Tat eingetretenen Verbindlichkeiten dann begleichen und auch dann in dem jeweiligen Haushaltsjahr noch unsere laufenden Kosten bestreiten.

Der Haushalt wird ergänzt um die Wirtschaftspläne der Betriebe. Am St. Leoner See haben wir einen Umsatz von 1,1 Millionen, hoch geschätzt. Investitionen von 372.000 sind insbesondere vorgesehen, um die Sanitäranlagen zu erneuern, um unsere Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Es ist nun mal in den Campingplätzen auch, was die Ausstattung angeht, in den letzten Jahren eine Verbesserung vom Angebot eingetreten. Statt Waschrögen sind Waschkabinen in anderen Campingplätzen vorzufinden. Und wir wollen ja unseren St. Leoner See wettbewerbsfähig erhalten. Wir haben ein Überschuss von 30.000 mal errechnet im St. Leoner See und wollen damit bisher aufgetretene und vorgetragene Verluste teilweise zurückführen.

Im Bereich der Gemeindewasserversorgung beläuft sich der Umsatz erwartungsgemäß auf etwa 936.000. Wir haben dort 300.000 Investitionen, insbesondere für Hausanschlüsse und das Ortsnetz. Wir wissen ja, die Bautätigkeit ist im Moment recht gut, und wir müssen dann natürlich entsprechende Mittel für die Hausanschlüsse haben. Dort haben wir einen sogenannten Mindesthandelsbilanzgewinn von 26.000 Euro, den wir glauben, erwirtschaften zu können.

Der größte Betrieb, den wir als Eigenbetrieb führen, ist die Abwasserentsorgung. Der Umsatz dort beläuft sich auf 2,2 Millionen, die Investitionen auf 5,5 Millionen. Hier ist allerdings zu vermerken, dass wir eine Umbuchung von 4,8 Millionen Mitteln der Gemeinde auf Darlehen der Gemeinde vorschlagen, so in dem Plan eingestellt haben. Damit kommen wir einer Auflage der letzten Gemeindeprüfung nach. Damit gehen wir auch den Weg, wie wir ihn in den anderen Betrieben haben, dass nämlich Gemeindegeld dann als Darlehen nicht in reiner Form der Rücklage dem Betrieb bereit gestellt werden. Die Investitionen belaufen sich auf 233.000 Euro, auch hier doch im spürbaren Bereich. Im Abwasserbetrieb gibt es kein positives, kein negatives Ergebnis, er ist Hoheitsbetrieb. Wenn wir ein paar Mark Überschuss haben, geht dieser in die Gebührenrücklage ein und wird dann in künftigen Jahren dem Bürger wieder gut gebracht. Umgekehrt, wenn Mittel nicht ganz ausreichen, werden diese über die Gebührenrücklage ausgeglichen.

Das zur Finanzsituation in Kennzahlenform ohne einzelne Maßnahmen. Ich meine, wir haben einen Haushalt oder wir haben eine Finanzsituation, die recht ordentlich ist, nur müssen wir halt sehen, dass wir halt für die noch offenen oder anstehenden hohen Umlagezahlungen entsprechend Vorsorge treffen.

Vielen Dank.

Als Wortmeldung habe ich die von Herrn Speckert.

#### **Gemeinderat Speckert:**

Ja Herr Kremer, meine Damen und Herren, besten Dank für die Ausführungen zur diesjährigen Haushaltsberatung. Ich denke, wir haben es vernommen, in Relation betrachtet, ist die Vorlage seitens der Verwaltung entsprechend positiv aufzunehmen. Allerdings, und wir haben uns das nicht einfach gemacht, CDU/Junge Liste hat im Gegensatz zu den Vorjahren hier mehrmals Klausurberatung getan. Und wir haben Sorge, dass über die Pflichtausgaben, die gestiegen sind - hier Abgaben an den Kreis -, dass wir hier auch hausgemachte Dinge zu bewältigen haben und wir wollen dieses Zahlenwerk hier nochmals entsprechend diskutieren und haben hier auch Ergänzungsvorschläge mit dem Ziel, dass wir hier eine Stärkung haben der Zuführung zum Vermögenshaushalt. Wir sind der Meinung, dass wir hier bei einem Gesamtetat von 26,6 Millionen mit einer Zuführungsrate von einer Million siebenundneunzig einfach zu schwach da stehen, dass man die Fähigkeit eigener Investitionen finanzieren zu können, dass wir hier nicht das voll ausschöpfen. Und Herr Kremer, mit Verlaub, es ist richtig, wenn wir hier zur Kenntnis nehmen müssen die Pflichtausgaben Kreisumlage, die sind nachhaltig gestiegen, das ist richtig, keine Frage. Aber, ich denke, wir sollten hier Überlegungen einfließen lassen, im Verwaltungshaushalt Sparansätze, Sparüberlegungen zu entwickeln. Das dürfte im Detail schwierig sein, aber wenn ich hier nur mal einige Beispiele entsprechend äußern darf.

Der Verwaltungshaushalt ist grundlegend zu groß geschneidert. Wir würden hier gerne Kürzungen einfließen lassen, sei es hier bei den Personalausgaben bei zirka 50.000 Euro. In der Haushaltsposition Unterhaltung zirka 100.000 Euro. Bei der Kindergartenförderung sollten hier Ansätze in Augenmerk gebracht werden, die sich hier an den Vorjahreswerten orientieren. Wir haben hier in der absoluten Betreuungsanzahl keine Steigerung, sondern wir haben Rückgänge, die qualitativ wohl bewältigt werden mit entsprechender anderer Betreuung. Aber in der absoluten Betrachtung sollte man hier dem auch Rechnung tragen. Wir haben hier Ansätze Bewirtung, Bewirtschaftung, Heizung, Reinigung, Beleuchtung, da haben wir auch nachhaltige Steigerungen zu verzeichnen, so dass wir hier auch Einsparungspotential sehen von rund 150.000. Wir haben die allgemeine Deckungsreserve drin von rund 50.000 in den allgemeinen Verwaltungskosten. Da sind auch gegenüber vor zwei Jahren hier Steigerungen drin von über 10 %. Also da gibt's überall entsprechende Einsparpotentiale, die wir aus dem Verwaltungshaushalt hier mit dem Ziel zirka 500.000 Euro als Einsparungspotential sehen, um eben hier die Zuführungsrate für den Vermögenshaushalt hier aufzustocken.

Es sollte das Ziel sein mit diesen Maßnahmen, dass wir hier unsere Rücklagen stärken, dass wir hier nicht in die Verlegenheit kommen, wo hier sehr viele Kreiskommunen im Rhein-Neckar-Kreis leider dieses Jahr machen mussten, nämlich eine allgemeine Erhöhung der Gebühren oder der Hebesätze für die Grundsteuern. Deswegen meinen wir, dass wir hier die Zeit nutzen sollten, um hier Vorsorge zu treffen. Das ist unsere Anregung, insbesondere hier in der Betrachtung Verwaltungshaushalt.

Was die Wertung vom Vermögenshaushalt angeht. Hier wollten wir die Anregung bringen, dass die der Ausweis der Investitionen Straßen, das steht unter der Haushaltsposition zirka 700.000 drin. Wir halten hier eine Haushaltsposition für zirka 200.000 für angemessen, insbesondere die große Position hier im Bereich Gewebepark/Bahnhof. Da sehen wir keinen akuten Handlungsbedarf. Wir sehen dann Handlungsbedarf, wenn man hier unsere entsprechenden Maßnahmen der Umgehungsstraße vollendet haben. Dann ist hier Handlungs-

bedarf gegeben, aber nicht akut. Deswegen schlagen wir vor, diese Größe von zirka 500.000 Euro direkt den Rücklagen zuzuführen. Auch da vergeben wir uns nichts, sondern setzen hier auf eine Stärkung, auf eine Reservenbildung. Das Ziel sollte sein, dass wir hier auch gerade dieses Jahr nochmals eine Basis schaffen, um entsprechende Steigerungen von Gebühren und Steuer zu vermeiden und unser Situation hier entsprechend nachhaltig verbessern. Nichts vor dem Hintergrund, gerade aktuell, wenn wir heute in die Medien schauen. Wir haben nun mal hinzunehmen, dass die Einnahmen der Steuerseite - wie bekannt heute - nun mal im Januar ein Minus zu verzeichnen haben von rund 7 % und wir auch bei diesen Ansätzen der Einnahmenseite her nicht mehr so optimistisch in die Zukunft schauen können, wie das vielleicht noch im Ursatz hier der Fall war. Das ist unser Ziel und ich denke, dass wir hier mit der nötigen Vernunft auch zum Erfolg kommen. Dankeschön.

**Beigeordneter Kremer:**

Vielen Dank. Herr Lang.

**Gemeinderat Lang:**

Ja Herr Kremer, sehr geehrte Damen und Herren. Das Haushaltsvolumen der Gemeinde St. Leon-Rot beträgt stolze 27 Millionen Euro. Wir gehören mit unserer Finanzausstattung zu den besser gestellten Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis. Die Fraktion der Freien Wähler ist sich ihrer Verantwortung bewusst, mit diesen Geldern sparsam und wirtschaftlich umzugehen. Insbesondere sind wir uns im klaren, dass wir im Jahre 2006 Teile unserer Gewerbesteuereinnahmen wieder als Umlage abgeben müssen. Wir beauftragen deshalb die Verwaltung, sinnvolle Vorsorgemaßnahmen, Rücklagenbildung zu entwickeln, um bei Gewerbesteuereintrüben Probleme für unsere Gemeinde zu minimieren. In der Gemeinde St. Leon-Rot wurde in den letzten Jahrzehnten viel entwickelt, und wir haben ein ansehnliches Gemeindevermögen geschaffen. Trotzdem gibt es noch viele Aufgaben, die vor uns liegen. Wir haben diese Aufgaben in notwendige und wünschenswerte Maßnahmen unterteilt. Einige dieser Maßnahmen sind im Vermögenshaushalt eingestellt. Zum Beispiel die Sanierung der Feuerwehrehäuser. Die Fraktion der Freien Wähler sieht die Zukunft der Freiwilligen Feuerwehr in einer Gesamtwehr für St. Leon-Rot in einem gemeinsamen Feuerwehrhaus. Jedoch, die notwendigen Mittel, um einen ordnungsgemäßen Betrieb zu gewährleisten, werden von uns mitgetragen. Den weiteren Ausbau der Feuerwehrehäuser sehen wir als wünschenswerte Maßnahmen an und müssen sie deshalb leider ablehnen.

2. Sanierungsmaßnahmen in den Schulgebäuden. Diese Maßnahmen erachten wir als notwendig und wir stimmen zu, diese Maßnahmen fortzuführen.

3. Neubau einer Straße für SAP im Randbereich des Gewerbeparks. Diese Baumaßnahme ist noch nicht geplant und auch nicht beschlossen, weshalb sie realistischweise 2005 nicht zur Durchführung kommen wird, weshalb wir diese Maßnahme ebenfalls zurückstellen. Für uns ergäben sich freie Mittel in einer Größenordnung von zirka 800.000 Euro im Vermögenshaushalt.

Die Freien Wähler sehen jedoch auch, dass in der konjunkturellen Situation wir auch antizyklisch uns verhalten sollten, sprich Baumaßnahmen eventuell durchführen sollten, weshalb wir zum Beispiel der weiteren Umgestaltung des Bahnhofbereiches uns nicht verwehren würden und die dann noch freien Mittel aber der allgemeinen Rücklage zuführen möchten.

Zum Verwaltungshaushalt. Der Verwaltungshaushalt zeigt weitestgehend Kontinuität zu den bisherigen Haushalten. Die Mitarbeiter der Gemeinde St. Leon-Rot haben moderne, gut ausgestattete Arbeitsplätze. Einer sachgerechten Weiterentwicklung stehen die Freien Wähler nicht entgegen. Es gibt jedoch innerhalb unserer Fraktion auch direkte Fragen zur Verwaltung. Die Freien Wähler haben mit dem Bau des neuen Rathauses auch eine Personaloptimierung verbunden. Frage an die Verwaltung, konnten Einsparungen durch den Rathausneubau erreicht werden, wenn ja, wie viele Stellen? Können durch Umstrukturierungen in der Verwaltung bisher unbesetzte Themen durch Mitarbeiter besetzt werden? Konkret zu fragen ist, gibt es jemand für Jugendarbeit? Wer kümmert sich in unserer Gemeinde um ökologische Belange? Des weiteren hätten wir eine Frage, gibt es nicht sogar ein Gutachten, das von Freiräumen bei einzelnen Mitarbeitern ausgeht? Die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung sind uns als engagiert und effektiv bekannt. Viele sind in Spitzenämtern bezahlt. Es wäre erfreulich, wenn man sich auch außerhalb seiner Aufgabenbereiche engagieren würde. Zum Beispiel könnte eine Kontaktstelle entstehen, bei der sich Bürger Informationen zu Fluthilfmöglichkeiten einholen könnten. Auch könnten soziale Projekte in unserer Gemeinde selbst durch die Mitarbeiter unterstützt und weiter gefördert werden.

Ein weiterer Themenkomplex betrifft den Gemeindebauhof. Anhand der Unterlagen können wir feststellen, dass ein hoher Fixkostenanteil auf den Bauhofstunden lastet. Wir möchten eine Reduktion dieser Fixkosten und eine noch deutlichere betriebswirtschaftliche Ausrichtung bei den zu bewältigten zu bewältigenden Aufgaben.

Zum Schluss meiner Haushaltsrede möchte ich im Namen der Fraktion der Freien Wähler allen Mitarbeitern der Gemeinde St. Leon-Rot für ihr Engagement danken. Sollten unsere Wünsche, die sich wie ich jetzt feststellen konnte, doch sehr stark mit den euren decken, in den Haushalt mit eingearbeitet werden, könnten wir in dieser Richtung einem Beschluss zustimmen. Aber ich denke, der Herr Kremer wird das zusammenfassen, wird die Positionen noch mal auflisten zur Beschlussfassung und das dann zur Abstimmung bringen.

Eine weitere Frage hätte ich. Machen wir die Eigenbetriebe extra, Herr Speckert?

**Gemeinderat Speckert:**

Nein, zusammen.

**Gemeinderat Lang:**

Machen wir zusammen, ok. Zu den Eigenbetrieben kann ich im Namen der Fraktion der Freien Wähler sagen, das wir die vorgelegten Haushaltspläne durchgesehen haben, keine Einwendungen dagegen haben und diese heute schon beschließen könnten.

Dankeschön für Ihre Aufmerksamkeit.

**Beigeordneter Kremer:**

Gut, vielen Dank Herr Lang. Herr Hambeck.

**Gemeinderat Hambeck:**

Ja Herr Kremer, meine Damen und Herren. Die beiden Vorredner haben es sehr stark mit dem Sparen und wir sehen, dass in dem Haushalt schon gespart wurde. Es ist natürlich zu überlegen, wie weit man da gehen kann und was damit zurückgedrängt wird, wenn man spart.

Wir glauben, unser Haushaltsentwurf kann sich sehen lassen. In Zeiten, in denen alle den Gürtel enger schnallen, ist unser Haushaltsvolumen wieder um 2 Millionen Euro gewachsen. Wir wissen wohl auch, dass eine hohe Belastung auf uns zukommt und dass wir ansparen müssen. Von einer negativen Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt hat sich unser Vermögenshaushalt allerdings inzwischen doch gewandelt, so dass jetzt positiv zugeführt wird, und der ganze Vermögenshaushalt, ich nenne die Zahlen immer grob in Millionen, ist jetzt auf 3 Millionen angewachsen. Das ist recht, wie der Kollege Speckert sagt, noch nicht befriedigend, aber es ist schon eine Wende und es ist besser. Kreditaufnahmen oder Verpflichtungsermächtigungen sind nicht vorgesehen. Wir haben außerordentlich niedrige Gebühren und Hebesätze und leisten dennoch eine herausragende Vereinsförderung, wie sie nur wenige Gemeinden aufweisen können. Dies zeigt, dass wir eine sparsame Verwaltung mit einer überlegt planenden Kämmerei haben. Etwas unbescheiden möchte ich hinzufügen, dass der Gemeinderat mit Vorsicht und Bedacht seine Beschlüsse fasst - das sehen wir heute wieder -, an deren guter Substanz wir fasst immer einen Anteil haben. Natürlich bleiben Wünsche offen. So zum Beispiel ist die Hallenbadfrage nicht geklärt, die Frage der offenen Jugendarbeit steht an und eine Umgehung St. Leon ist zur Zeit finanziell gar nicht vorstellbar. Trotz der massiv gestiegenen Kreisumlage, trotz der Mittelkürzungen des Landes wird sich unsere Gemeinde weiterentwickeln und nach Wohnqualität streben, soweit das eben machbar ist. Wir hoffen auf eine baldige Bebauung der Ortsmitte - Privatgymnasium, Seniorenbetreuung -, wozu ja die Beschlüsse des Gemeinderats, wenn auch nicht immer nach unseren Vorstellungen, gefasst sind.

Bei den Freiwilligen Feuerwehren sehen wir keinen Weg mehr, der in absehbarer Zeit zu einer Fusion führen würde. Natürlich könnte ein Rückgang der Mitgliederzahlen, was wir aber den Wehren nicht wünschen, doch irgendwann zu neuen Überlegungen führen. Die Standortfrage würde sich dann aber sicher nicht mehr um die Ortsmitte drehen, wenn wir jetzt dem Sanierungskonzept Schritt B zustimmen,

was wir jedenfalls jetzt tun werden, aufgrund der anfangs festgestellten Situation.

Wohl wissend, dass im Zuge der Umgehungsstraße eine Kreislösung am Harres vorgesehen ist, wünschen wir, die Machbarkeit zu prüfen, und eventuell im Haushalt, falls das nicht in laufende Unterhaltung fällt, Mittel dafür einzustellen, dass eine vorläufige Zu- und Abfahrt von den Märkten im „Schiff“ Richtung Autobahn L 546/Roter Straße geschaffen werden kann, damit der aus St. Leon kommende links abbiegende Verkehr keine Berührung mehr hat mit dem links abbiegenden, nach Rot fließenden Verkehr von dort. Das würde sich dann etwa um 2-300 Meter auseinander ziehen und dies würde die jetzt täglich zu beobachtende unglückliche, teils sogar gefährliche Verkehrssituation sicher entschärfen.

Den vorgelegten Änderungen für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt stimmen wir zu, ebenso den Wirtschafts- und bzw. Eigenbetriebsplänen. Eventuell weitere Anmerkungen und Wünsche unsererseits ergehen in der Aussprache. Danke.

**Beigeordneter Kremer:**

Gut, vielen Dank Herr Hambeck.

Ja, meine Damen und Herren, dem Grunde nach sind natürlich jetzt doch einige namhafte Positionen aufgebaut. Sie sind mit mir sicherlich einig, wenn wir diese Positionen solide und richtig abhandeln wollen, müssten wir den Haushalt in den Ausschuss zurückverweisen. Denn einige von den genannten Einsparungen, die könnten wir heute Abend beschließen, aber manche Dinge sind der Höhe nach ohne konkrete Prüfung und ohne konkrete Aussage, was wann und wie verschoben, eingespart oder abgegeben werden soll, soliderweise einfach nicht möglich. Ich mag, an einem Beispiel mag ich's festmachen, Personalkosten. Wir haben ja die Personalkosten im Oktober ausgerechnet. Inzwischen ist ja die Tarifverhandlung im öffentlichen Dienst sehr weit fortgeschritten. Wir wissen, dass mit Ausnahme von 300 Euro 2005 für Urlaubs- und Weihnachtsgeld keine weiteren Erhöhungen anstehen. Diese 50.000, die könnten wir jetzt im Sammelnachweis problemlos rausnehmen, weil das die Reserve war, für weitere Anpassungen, die im Oktober durchaus noch absehbar waren. Im Bereich der Unterhaltung, da wär's natürlich schon wichtig, dass wir einzelne Maßnahmen uns ansehen und sagen, welche zurückgestellt werden.

Im Bereich Kindergartenförderung hat der Gemeinderat ja, ich glaube es war im Dezember, Vorgaben beschlossen, wie die Träger das Angebot künftig gestalten sollen. Dem Grunde nach wäre natürlich jetzt oder war für uns klar, wir müssen diesem Wunsch des Gemeinderats nahe kommen und die Mittel bereitstellen. Man könnte natürlich jetzt diese Einfrieren der Mittel könnten wir als Ziel aufnehmen und dann auch für die künftige Beratung in die Vorgabe nehmen und dann auch den Trägern die Botschaft übermitteln, dass man bei rückläufigen Kindern die eingesparten Mittel einsetzt, um das Angebot zu verbessern, aber dass man im Zweifel nicht erhöhen kann.

Die Deckungsreserve war immer sehr angenehm, wenn halt manche Dinge im Jahr erneut anstehen. Diese zu streichen, würde ich auch weniger als Problem sehen. Die anderen Kürzungen, insbesondere im Vermögenshaushalt, sind maßnahmenbezogen. Die könnten wir so machen, wobei bezüglich dieser weiteren Anbindung des Gewerbeparks an die Malscher Bahnhofstraße wohl ein breiter Konsens besteht, dass man diese Mittel mal noch nicht freigibt. Wir haben die reingenommen, weil seitens der Investitionen, die im Gewerbepark ja jetzt angelaufen sind, weitere Erschließungen wohl mitkommen. Nur wenn sie sagen, wir stellen diese Mittel in die Rücklage ein, dann ist die Rücklage jederzeit auch wieder unter der Verfügung des Gemeinderates. Also als Botschaft, mit den Mittel sorgsam umzugehen und den Haushalt eher knapp zu halten, wenig Reserve zu halten, könnte man das in dieser Form ohne irgendwelche Nachteile dann auch aufnehmen.

Und bezüglich jetzt Feuerwehr, da ist ja der Auftrag auch nicht vergeben. Allerdings da würde ich meinen, da sollte man vielleicht abstimmen, ob man jetzt diese sogenannte B-Maßnahme im Haushalt lässt oder ob man einfach offen lässt, die Feuerwehr in irgendeiner Form in mittel- oder späterer Zukunft doch noch gemeinsam an zentraler Stelle unterzubringen. Ich bin mit Ihnen der Meinung, wenn wir jetzt die B-Maßnahmen angehen, dann dürfte zumindest auf jetzt absehbarer Zeit wohl eine zentrale Unterbringung der Feuerwehr sich ausschließen. Also insofern da haben wir durchaus eine Maßnahme, die dann in irgendeiner Form heute im Zweifel mehrheitlich festlegbar wäre.

Ansonsten zu Ihren Vorschlägen Herr Lang. Ich glaube, wenn wir den Haushalt, so wie wir ihn haben, auf den Weg bringen, zum Beispiel auch eventuell die Haushaltsreserve von diesen 50.000 Euro im Haushalt belassen, wäre möglich über eine kontinuierliche Gemeinderatsarbeit auch mal die eine oder andere neue Maßnahme anzugehen. Diese Reserve ist mit Sicherheit im Haushalt drin. Nur Ihnen jetzt einen ganz konkreten Beschluss mit irgendwelchen Kosten auf den Tisch zu geben, das gelingt heute Abend nicht. Also wenn wir hier solide haushaltsplanen wollen, kürzen wollen, dann müssten wir die Arbeit auf uns nehmen, dass wir uns im Finanzausschuss noch mal bezüglich dieser dann doch sehr konkreten Maßnahmen unterhalten.

Generell habe ich auch im Finanzausschuss bereits gesagt, muss unser Ziel sein, die Rücklage so gut es geht zu stärken, um eben für die Zukunft gerüstet zu sein. Wir werden dies mit Sicherheit mit dem Jahresabschluss 2004 mit einem statthaften Betrag machen können, aber der Jahresabschluss ist noch nicht so weit, dass ich auch nur einigermaßen sicher über die Summe reden kann. Ich bin mir aber sicher, wenn wir mit den Zielen, wie sie heute von Ihnen hier vorgegeben wurden, selbst so einen Haushalt verabschieden und nicht dann frei werdende Mittel als anderweitige Deckungsmittel einsetzen, könnten wir auch ohne jetzt noch mal groß in die Einzelberatungen zu gehen, dies als Ziel formulieren, dann den Haushalt mehr oder minder mit den Eckpunkten, so wie wir es hatten, machen, die großen Maßnahmen, die Einzelmaßnahmen sicherlich gleich berichtigen und die anderen Dinge einfach durch Zielvorgaben kennzeichnen. Und dann hätten wir die nächsten Monate die Möglichkeit, an diesen Zielen zu arbeiten, und dann zum Ergebnis mit dem Jahresabschluss 2005 zu gelangen. Oder aber, wenn Sie es ganz gezielt haben möchten, dann müssen wir noch mal in die Einzelberatung gehen. Alles andere wäre, glaube ich, nicht jetzt unbedingt auch klarer Auftrag an die Verwaltung.

Ansonsten für die Betriebe darf ich für das Vertrauen bedanken, wenn die Pläne so akzeptierbar sind. Dort haben wir ja auch schon mit Ihrer Zustimmung angefangen, um den Sommerbetrieb nicht zu stören. Also da ist ja Einvernehmen, da ist ja auch die eigene betriebliche Kraft und nicht die Steuerkraft der Gemeinde gefordert. Vielleicht kann man zu dem Vorgehen noch ein bisschen was sagen.

Zunächst Herr Speckert.

**Gemeinderat Speckert:**

Herr Kremer, Dank für Ihren Vermittlungsvorschlag. Wir sehen trotzdem die Notwendigkeit, damit es keine Missverständnisse gibt, dass wir hier aufgrund der Fülle der Änderungen und Stärkung der Zuführungsrate, dass wir hier zurückverweisen in eine erneute Finanzausschussberatung. Ich glaube, im Kern sind wir uns einig, dass wir das wollen, und dementsprechend bitte ich hier um Verständnis und Zustimmung seitens der Kollegen, um entsprechend diesen Änderungsbedarf in einem neuen Entwurf einzuarbeiten. Ich denke, er ist nachhaltig und deswegen sollte man das in der Form letztlich dann abhandeln, so dass man bei der nächsten Gemeinderatssitzung das zügig dann durchziehen könnten. Wäre mein Vorschlag zu der Sache.

**Beigeordneter Kremer:**

Herr Lang.

**Gemeinderat Lang:**

Ja Herr Kremer, ich schließe mich für die Fraktion der Freien Wähler den Ausführungen an. Wir werden auch bereit sein, im Finanzausschuss noch mal die Details dann zu besprechen.

**Beigeordneter Kremer:**

Gut, Herr Hambeck.

**Gemeinderat Hambeck:**

Wir hätten uns den Zielformulierungen ihrerseits angeschlossen, dieses Vertrauen hätten wir gehabt. Natürlich, wenn der Bedarf besteht, es ist ja eine Fülle von Vorschlägen gewesen. Dann müsste man eben im Ausschuss das nachberaten.

**Beigeordneter Kremer:**

Gut, ich glaube hier herrscht großes Einvernehmen. Wir haben gerade in den wichtigen Dingen, gemeint die Finanzen, schon immer

gegenseitig Rücksicht genommen und auch die Positionen beachtet. Wir werden dann kurzfristig eine Finanzausschusssitzung einberufen ...

Ende Seite 1

.... dass wir dann im März die Haushaltssatzung machen können. Gut.

<b>Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2005 Nr. 2 Ö Tagesordnungspunkt:</b>	<b>5</b>
<b>Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan</b>	
<b>hier: weiteres Verfahren:</b>	
- frühzeitige Bürgerbeteiligung	
- Anhörung Träger öffentlicher Belange	

#### **Ausführungen und Beschluss:**

##### **Beigeordneter Kremer:**

Ich rufe dann auf Punkt 5, Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan.

Hier wird uns die Erläuterung durch Herrn Kleiber gegeben.

##### **Bauamtsleiter Kleiber:**

Meine Damen und Herren, Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan, wir verweisen hier auf die Vorlagen vom Dezember letzten Jahres. In dieser öffentlichen Sitzung wurden vom Gemeinderat Vorgaben bezüglich der Flächenausweisungen formuliert, die wir nun eingearbeitet haben. Im Einzelnen ging es ja um das Gewerbegebiet „Schiff“ bzw. „Hinterer Tränkweg“. Dies wurde von ausgewiesenen 8,2 auf 12 Hektar vergrößert. Herr Dietz. Im Gewerbepark Nord wurde von 28,8 auf 15 Hektar reduziert. Das Wohngebiet „Nesselgrund“ wurde auf 7,8 Hektar vergrößert, die Wohngebietsausweisung 31. Gewann mit 0,8 Hektar wurde wieder aufgenommen. Wohngebietsausweisungen im „Oberfeld“ wurden auf 2,35 Hektar vergrößert sowie der dargestellte Lärmschutzwall an der Umgehungsstraße wurde nach Norden verlängert. Die gesamten Flächenausweisungen finden sie im Textteil des Flächennutzungsplans auf der Seite 38. Folgend insgesamt sind 16 Hektar Wohngebietsfläche ausgewiesen, verteilt paritätisch auf je 8 Hektar pro Ortsteil. Wir haben nur noch 27 Hektar Gewerbefläche, davon sind 15 Hektar im Gewerbepark und 12 Hektar im „Schiff“/ „Hinterer Tränkweg“ ausgewiesen. Und es verbleiben noch 4,55 Hektar Mischgebietsfläche verteilt auf vier kleinere Gebiete.

Wir haben seit der Dezembersitzung natürlich an dem Planwerk weitergearbeitet. Es wurden jetzt eingearbeitet, was auch Pflichtaufgabe ist im weiteren Verfahren, es wurden alle kartierten 24 a-Biotop mit dargestellt. Es wurden alle in der Denkmalliste erfassten Baudenkmäler eingearbeitet und aufgelistet, katalogisiert. Es wurde das kombinierte Natur- und Landschaftsschutzgebiet „Hochholz-Kapellenbruch“ mit dargestellt, das Naturdenkmal wurde mit dargestellt sowie die altlastenverdächtigen Flächen wurden eingearbeitet.

Wie erwähnt, der Textteil wurde ebenfalls inhaltlich und redaktionell überarbeitet, ist jedoch im Zuge der kurzen Zeit noch nicht ganz komplett. Zum Beispiel Thema Radwege wird noch nachbereitet, wird über Deckblattlösungen dann noch beigefügt.

Aufgrund des engen Zeitplans in der Faschingswoche und Abwesenheit eines Fachplaners haben wir Ihnen dann noch die erforderlichen Unterlagen zum Landschaftsplan mit nachgereicht.

Mit diesen Unterlagen lautet nun unser Beschlussvorschlag:

Mit dem vorliegenden Entwurf des Flächennutzungsplans 2005, Stand Februar 2005, sowie den Landschaftsplan ebenfalls Stand Februar 2005, wird das weitere Verfahren durchgeführt. Als nächste Verfahrensschritte stehen dann an, die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB sowie 2. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB.

Hinweis noch und gleichzeitig Einladung: Die Bürgerinformation, die besprochen wurde im Dezember, ist terminiert auf den 9. März, das ist ein Mittwochabend, 19.00 Uhr, und soll im Harres stattfinden. Da sind selbstverständlich die Fachreferenten eingeladen, wie auch die Damen und Herren des Gemeinderates. Danke.

##### **Beigeordneter Kremer:**

Gut, meine Damen und Herren. Ich habe nun als Wortmeldung die von Herrn Götzmann.

...

##### **Gemeinderat Schlett:**

Ja vielen Dank Herr Kleiber für die einleitenden Worte. Herr Beigeordneter, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, es gibt eigentlich kaum einen Plan innerhalb einer Stadt, einer Gemeinde, der für die zukünftige Entwicklung so wichtig ist wie ein Flächennutzungsplan. Im Rahmen des Flächennutzungsplanes bestimmen wir, wie diese Gemeinde, wie eine Stadt in 20, 30 Jahren aussehen wird, wie sich das Bild darstellen wird. Und wir bestimmen weiter, wo unsere Kinder zukünftig einmal bauen können, neu bauen können. Und deshalb haben wir in vielfältigen Diskussionen innerhalb der CDU-Fraktion, aber auch hier im Gemeinderat, über den Flächennutzungsplan 2020 diskutiert und der ist nun in diesem Plan, den wir hier vorliegen haben, eingemündet. Und dieser Plan sieht nun einerseits vor Wohngebiete, er sieht Mischgebiete, er sieht Gewerbegebiete vor. Und es ist nicht der Plan, der unser Wunschplan darstellt, wir hätten und taten das auch vor 4, 5 Jahren, viel größere Wohnbebauung ausgewiesen gehabt, für unsere Zukunft. Aber auch bei uns ist es so, dass die Bevölkerungsentwicklung stagniert, und der Flächennutzungsplan muss genehmigt werden vom Landratsamt, und die Genehmigungsbehörde gibt hier klare Vorgaben. Also waren hier Einschnitte vorzunehmen.

Wir haben dann in den Diskussionen weiter zu berücksichtigen, dass wir eine Doppelgemeinde sind - St. Leon und Rot - und dass beide Gemeindeteile entsprechend adäquat berücksichtigt werden müssen und die Bürger hier gleich behandelt werden müssen. Das hat dann dazugeführt, dass wir in der Bewohnbebauung in St. Leon angeschlossen haben an die derzeitigen Neubaugebiete, an das derzeitige Neubaugebiet „Reilinger Straße links“, und wir haben im Ortsteil Rot eine Arrondierung verschiedener noch brachliegender Flächen vorgenommen, die aber bereits in der Vergangenheit eigentlich immer mal wieder als Wohn- oder Baugebiete anvisiert waren, wie etwa an der Grimmstrasse, hin zum Promarkt, oder auch an dem Friedhof, das ist insoweit berücksichtigt. Weiter haben wir vorgesehen Mischgebiete im Anschluss an den Ortsteil und vor allem aber auch Gewerbegebiete. Wobei wir Wert darauf gelegt haben, dass ein Gewerbegebiet möglichst dort hinkommt, wo es gleichzeitig als Bollwerk gegen den Autobahnlärm hier genutzt werden kann. Und so kam es dann zum Ausweisen eines Gewerbegebietes an der Autobahn im Anschluss an die Supermärkte, aber auch an das Gymnasium. Es soll das Privatgymnasium wohl dort gebaut werden müssen, das wollten die Initiatoren, und von daher wird dieses Gewerbegebiet einen weiteren Schutzwall darstellen. Und weiterhin wird das Gewerbegebiet in Rot am Bahnhof etwas ausgedehnt Richtung Ortsrand von Rot.

Insgesamt meinen wir, dass wir unter Berücksichtigung auch des Umstandes, dass Wald und Flur geschützt wird, dass wir, wie der Herr Kleiber eben sagte, den Lärmschutzwall nicht vergessen haben, ein durchaus zukunftsorientierten Flächennutzungsplan insgesamt aufgestellt haben. Er ist gemeinderecht, und wir können ihn nun der Öffentlichkeit freigeben. Die Öffentlichkeit wird darüber in dem entsprechenden Verfahren diskutieren können, und man wird diese Diskussion aufnehmen, wenn entsprechende Anregungen kommen. Man wird auch, was der Herr Kleiber erwähnt hat, sehen, ob der eine oder andere Radweg hier mit aufzunehmen ist. Aber insgesamt haben wir einen sachgerechten Flächennutzungsplan, der als Diskussionsgrundlage nun für die Öffentlichkeit geeignet ist und deshalb auch die Zustimmung der CDU-Fraktion findet. Vielen Dank.

##### **Beigeordneter Kremer:**

Gut, ich habe die Wortmeldung von Herrn Ittensohn.

##### **Gemeinderat Ittensohn:**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Kremer, wir haben in unserer Fraktion die erneute Vorlage des Flächennutzungsplanes vorberaten und haben noch folgende Anregungen, also kleine Dinge oder kleine Fragen.

Als erstens, Gewerbegebiet „Im Schiff“, das wurde ja erweitert, das war ja auch so gewünscht. Aber ich hatte in der letzten Vorberatung eigentlich auch das Thema mitgegeben, Verkehrsentslastung oder Verkehrsentsorgung zur Erweiterung des Gewerbegebietes. Und ich sehe in der Überarbeitung jetzt überhaupt nichts drin, wie man von dem Gewerbegebiet an die neue Umgehungsstraße irgendwie drangehen kann oder könnte. Das ist für uns ein sehr großes Problem oder, man sieht das ja auch tagtäglich draußen vorm Rathaus das Chaos, und wir sind der Meinung, wenn die Möglichkeit hier nicht mit eingearbeitet wird, dass es dann nicht so günstig oder nicht so gut ist, hier das Gewerbegebiet noch zu erweitern. Das zu dem Thema Gewerbegebietserweiterung.

Bei den Baugebieten können wir dem Vorschlag ohne Probleme zustimmen. Ich meine über Ortsarrondierungen und was noch dazugehört zum Baugrundstück oder was Acker bleibt, das wissen wir ja, das ist immer ein Streitfall und wird auch immer einer bleiben. Und so wie vorgeschlagen wurde, ist es eigentlich von unserer Seite her ok. Wir haben, bei uns kam die Problematik auf mit dem Flächenbedarf vom Privatgymnasium, ob es Fakt ist, dass wenn man ins Gewerbegebiet reinfährt links das Privatgymnasium auch die Turnhalle baut oder ob der die Fläche rechts davon von der Straße „Im Schiff“ benutzt wird, oder benötigt wird oder ob die rechte Fläche frei bleibt. Das war ein Thema, was bei uns teilweise diskutiert wurde, weil hier unterschiedliche Meinungen da sind.

Bei dem Thema Kleingartenanlagen, die wurden eingearbeitet, und wir sind der Meinung, dass sie im „Sentner“ da mit Sicherheit besser aufgehoben sind als neben dem Bauhof und das ist auch ok.

Wo wir ein großes Problem haben, die Lärmschutzmaßnahmen. Das ist eigentlich ein Thema, was uns in Schwäbisch Hall schon verfolgt hat. Die wurde zwar im Plan erweitert Richtung Walldorf, aber im „Bucheneck“, in dem Bereich, wurde aufgehört. In Schwäbisch Hall wurde uns klar gemacht, dass der Hauptlärm von der A 6 kommen wird, und in diesem Bereich ist überhaupt nichts vorgesehen. Das tut uns eigentlich schon noch ein bisschen weh, dass hier einfach abgebrochen wird oder abgerissen wird und das nicht weiter oder zumindest die Fläche nicht ausgewiesen wird. Denn es ist in meinen Augen etwas konträr entlang der A 5 Richtung also Kronauer Straße Richtung Lußhardt rechts, wo schon eine Lärmschutzwand besteht, wird noch aufgeforstet, sollen noch Bäume hin, die den Lärm dann minimieren oder reduzieren, und entlang der A 6, wie ich in Schwäbisch Hall schon gesagt hatte, könnte man doch theoretisch vor der A 6 und vor der Umgehungsstraße versuchen, hier eine Fläche einzubringen, wo man einen Grünsteifen von 50 Meter mit Wald oder irgendetwas aufforsten kann, um eben den Lärm etwas zu minimieren. In meinen Augen widerspricht sich das ganze Ding irgendwo.

Und genauso sind, soweit ich es sehen konnte, die Lärmschutzmaßnahmen, das war ja auch in Schwäbisch Hall schon der Tenor von uns, wenn der Hauptlärm von der A 6 kommt, muss sollte doch dort eigentlich auch etwas vorgesehen werden. Meine, dass dies Bundesautobahn ist und vielleicht eine andere Genehmigungsbehörde ist, ist uns auch klar. Aber hier sehen wir eigentlich noch Handlungsbedarf in diesem Bereich.

Das Thema Radwege wird ja noch nachgereicht und weil die Radwege und gerade die Überquerungen der neuen Umgehungsstraße sind in meinen Augen oder in unseren Augen eigentlich noch etwas wachsw weich formuliert. Und hier bitten wir doch noch, dass die Unterlagen nachgereicht werden und das genauer ausgeführt wird.

Ansonsten dem großen Teil, außer eben diesen Lärmschutzmaßnahmen, wo uns noch etwas unter den Nägel brennt, können wir dem Flächennutzungsplan zustimmen. Vielen Dank.

#### **Beigeordneter Kremer:**

Herr Hambeck.

#### **Gemeinderat Hambeck:**

Ja Herr Kremer, meine Damen und Herren, ich stelle zunächst fest, unsere Ansprüche und Wünsche decken sich einfach nicht mit dem Sparwillen. Das passt alles nicht ganz zusammen. Wenn man sparen will, dann kann man nicht noch zusätzlich Dinge fordern.

Wir haben in Wüstenrot den die Fortschreibung des Flächennutzungsplans, na nennen wir es mal salopp, luxuriös betrieben, und wurden in Schwäbisch Hall wieder auf Normalgröße zurecht gestutzt, so kann man das sagen. Uns wurde gesagt, dass bei den zu erwartenden Bevölkerungszahlen, das nicht genehmigungsfähig ist, was wir geplant haben. Und so hatten wir halt dann die Mühe, uns mehrfach zusammensetzen und zu gucken, wo wir arrondieren können. Da unsere Wünsche und Anregungen alle wieder zu finden sind, in diesem Plan, was Grimm und ähnliches ist, sind wir mit dem, was hier im Flächennutzungsplan ist, einverstanden. Ich glaube auch, dass kleinere Dinge, wie der Kollege Ittensohn vorgeschlagen hat, dass das nicht unbedingt im Flächennutzungsplan sein muss und trotzdem genehmigungsfähig ist, denn solche Maßnahme werden immer großzügig gehandhabt. Wir haben ja auch im letzten Flächennutzungsplan zusätzliche Wohngebiet-Arrondierungen machen dürfen, das lässt sich also immer noch machen. Ich hoffe, dass wir nichts vergessen haben im Flächennutzungsplan. Im übrigen möchte ich darauf verweisen, weil's Privatgymnasium immer angesprochen wird, möglicherweise fällt ja die Fläche für dieses gemeinsame Feuerwehrgebäude frei und dann wäre ja da wieder was möglich. Danke.

#### **Beigeordneter Kremer:**

Ja meine Damen und Herren, vielleicht ein paar Dinge zur zum besseren Verständnis. Mit Erweiterung „Schiff“ besteht überhaupt die Möglichkeit, dass man an die künftige Umgehung wird anschließen können. Wenn wir, wenn wir das „Schiff“ im jetzigen Umfang belassen, wird nach dem Kreisverkehr, der ja auf der alten Straße mal jetzt über die Planfeststellung der Umgehungsstraße konzipiert ist, wohl nicht zulassen, dass gleich, was weiß ich, hundert, zweihundert Meter weiter eine weitere Anbindung erfolgt. Aber so wie sie im Moment der Flächennutzungsplan vorsieht, müsste im erweiterten „Schiff“-Teil, die Anbindung möglich sein und die muss aber, ist sogar dargestellt und die muss aber im Flächennutzungsplan nicht sein, das gibt ja dann die Vorgabe des Bebauungsplanes. Und über die Anbindung des Bebauungsplanes bei den Trägern wird ja dann auch eine entsprechende Vereinbarung zu machen sein.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollten Sie auf der Ortsseite der künftigen Umgehung noch mindestens 50 Meter Wald haben, ist das richtig so? Da müssen Sie ... zwischen A 6 und Umgehung sind ja Ausgleichsflächen, da geschieht ja was. Deshalb meine Frage. Ich meine, ich hab Sie jetzt so verstanden, dass Sie weitere Flächen für Bewaldungen wollen, zwischen Umgehung und Ort. Aber dann gehen Sie natürlich in die Bereiche rein, wo natürlich unsere Eigentümer ihr Feld haben wollen, das muss man sehen. Und da muss man glaube ich abwägen und da hat ja der Herr Hambeck schon ja auch an das Abwägegebot erinnert, dass wir die Landschaft ja nur einmal haben und dass wir natürlich auch mit der Ressource Landschaft entsprechend dann umgehen sollten.

Ansonsten wenn natürlich an der Autobahn Lärmschutzmaßnahmen notwendig sind auf dem Gelände der Autobahn in Trägerschaft des Bundes, da wird selbstverständlich die Gemeinde nur dahinterstehen. Das ist überhaupt keine Frage. Aber die Dinge in den Flächennutzungsplan aufzunehmen, sind im Moment nicht meines Erachtens zwingend. Denn die Situation ergibt sich aus dem Bau und der Veränderung der Autobahn und nicht jetzt aus unserem Planungsbedarf Flächennutzung. Und wenn natürlich jetzt in anderen Bereichen dann als Landschaftsmaßnahme weitere Bepflanzungen sind, dann bin ich einfach der Meinung, die sind auch bisher im Entwurf so drin gewesen, da sollte man dazu stehen. Ich würde einfach jetzt auch sagen, wir müssen ja den Beschlussvorschlag sehen, wenn noch was konkret zu entscheiden wäre, sollte man Anträge stellen. Ansonsten würde ich vorschlagen, dass man den Plan, so wie wir ihn jetzt hier vorgestellt haben, einschließlich Landschaftsplan in die Anhörung geben. Wir bekommen bestimmt auch über die Anhörung von anderen Planungsträgern noch sehr viele Hinweise, so dass wir dann für die Schlussfassung neue Erkenntnisse - unter Umständen auch jetzt Ihre präventiven Überlegungen - noch einbringen können. Aber wir sollten das Verfahren in den Gang bringen. Mein Vorschlag wäre deshalb, dass wenn Sie keinen abweichenden Antrag stellen, wir so wie es Ihnen auf dem Tisch liegt Beschluss erbitten wollen.

Ich hab noch vom Herrn Weinlein.

#### **Gemeinderat Weinlein:**

Dankeschön Herr Kremer. Ja in den Ausführungen der Fraktion ist schon mehrfach der Begriff gefallen, die Anbindung des Gewerbegebietes „Schiff“ an die Umgehungsstraße. Wir haben uns schon sehr den Kopf darüber zerbrochen, ob man jetzt die Umgehungsstraße vielleicht mit einer weiteren Anbindung im Sinne einer Kreuzung noch mal unterbricht, das hemmt natürlich den Fluss des Verkehrs. Ja im Vorfeld haben wir auch uns die Köpfe darüber zerbrochen, dass zum Beispiel der gedachte Kreisverkehr am Harres, also unmittelbar nachdem man unter der Autobahn A 5 durch ist, dass der ja nicht unbedingt ein Kreisverkehr sein muss in der 4-adrigen Kreuzung, ein

Kreisverkehr ist im Prinzip zumindest also beliebig erweiterbar, so dass also hier jetzt mal eine Anregung von meiner Seite kommt an die Verwaltung, um diesen Kreisverkehr in Verbindung mit der Umgehungsstraße eventuell 5-adrig zu machen. Denn der 5-adrige Kreisverkehr würde meines Erachtens also viele Probleme des Ein- und Ausfahrtverkehrs aus diesem „Schiff“ lösen. Einfach, dass das als Überlegung hier mal mit in die Planung mit einläuft. Danke.

**Beigeordneter Kremer:**

Ich hab da noch die Wortmeldung von Herrn Heger.

**Gemeinderat Rudi Heger:**

Herr Kremer, meine Damen und Herren. Der Gemeinderat Weinlein hat es ja schon ausgeführt, ich hab das in vergangener Sitzung schon einmal erwähnt, wie er es jetzt auch gesagt hat, man sollte also bedenken, dass man also in dem sogenannten Kreisel beim Harres also eine Zufahrt zu dem Gewerbepark „Schiff“ vornehmen sollte. Es entlastet natürlich den Verkehr dann Richtung Privatgymnasium, und dann hat man da schon eine Entzerrung des ganzen Verkehrs und deshalb also soll man da darauf achten. Danke.

**Beigeordneter Kremer:**

Vielleicht kann zu dem Thema der Herr Kleiber noch etwas sagen.

**Bauamtsleiter Kleiber:**

Wir diese Anregungen, zusätzliche Anbindungen an qualifizierte Straßen, durchaus aufgenommen. Ich darf Sie mal auf die Beiblätter verweisen, wo man den Gewerbepark dargestellt haben. Peter, wechselst Du mal. Da war bereits in den ersten, nein der Gewerbepark, ja, in den ersten Entwürfen Darstellungen enthalten, in einer farblich gelblichen Markierung. Das ist die Darstellung, die wir als Planer und das Planungsbüro haben, um die Absichtserklärung der Gemeinde darzustellen, von einer klassifizierten Straße wegzugehen. Im Zuge der Trägeranhörung wird die Straßenbauverwaltung das natürlich aufgreifen und dann entsprechend prüfen, ob das die Möglichkeiten sind. Ich kann da keinen Kreisverkehr reinmalen. Und genau die selbe Sache haben wir, wechselst Du bitte noch mal den Plan, im „Schiff“ dargestellt und zwar in einer Entfernung, die es uns wohl ermöglicht, von einer klassifizierten Straße, von einer Landstraße aus, über eine Rechts-/Linksabbiegerspur oder ein Kreisverkehrsplatz, das können wir nicht entscheiden, das ist die Straße des Landes. Aber von den Abständen her ist es zumindest möglich, in diesem erweiterten „Schiff“, was jetzt durch die Erweiterung erst möglich wurde, weil es sich länger an der Autobahn entlang streckt, eine Anbindung vorzusehen. Und hier ist die Absichtserklärung der Gemeinde dargestellt mit dieser Gelbmarkierung. Wir wollen hier von der Landstraße, von der klassifizierten Straße eine weitere Zufahrt zum „Schiff“. Und das wird jetzt das Träger, die Trägerbeteiligung des Verfahrens zeigen, wenn die Straßenbauverwaltung diese Wünsche dann dokumentiert im Planwerk sieht, hier sollen weitere Zufahrten von klassifizierten Straßen mit vorgesehen werden Und dann werden wir sehen wie die Reaktionen sind. Mehr Planungsmöglichkeiten haben wir momentan nicht als die Absichtserklärung.

**Beigeordneter Kremer:**

Wir sollten eines noch bedenken. Wenn die Umgehungsstraße da ist, wird ja die Hauptstraße und die Straße vor dem Harres, ob es Hauptstraße heißen wird, die brauchen dann auch einen Namen, Gemeindestraße. Und wir können ja dann, wenn wir über eine Gemeindestraße diskutieren, auch andere Erschließungen über diese Straße vorsehen, so dass dann die etwas kritischen Situationen in unserer Zuständigkeit verbessert oder sogar beseitigt werden können. Das sollte man natürlich auch in dieser Form jetzt erkennen. Was der Herr Kleiber sagte, ist ja dann auch weitgehend jetzt erklärend.

Ich hab dann aber noch die Wortmeldungen vom Herrn Hambeck und vom Herrn Köck.

**Gemeinderat Hambeck:**

Ich wollt nur noch kurz darauf hinweisen. Wir haben ja einen Zeit-, ein Schema gekriegt, in dem dargestellt ist, dass die der Flächennutzungsplan, dass die Frist ausläuft am 20. Juli, wenn ich mich recht erinnere, 2006, und da sollten wir doch jetzt schon in die Anhörung gehen, natürlich mit den Anregungen, die wir hier gehört haben, aufgenommen, aber trotzdem jetzt schon in die Anhörung zu gehen, damit wir Zeit haben, damit das laufen kann. Sonst, wenn wir zu spät kommen, dann wird uns die Sache abgelehnt, dann haben wir gar nichts. Danke.

**Beigeordneter Kremer:**

Herr Köck.

**Gemeinderat Köck:**

Herr Kremer, sehr geehrte Damen und Herrn, ich möchte den Beschlussantrag der Verwaltung noch mal erweitern bezüglich des Themas Umgehungsstraße und Erweiterung des Lärmschutzes über das „Bucheneck“ hinaus, das ist uns sehr wichtig, bis vor an die Walldorfer Straße.

**Beigeordneter Kremer:**

Über diesen Antrag wäre jetzt abzustimmen. Dass diese Erweiterung noch in den Entwurf aufgenommen und in die Beratung eingehen wird.

Gut, dann würde ich diesen weitergehenden Vorschlag zunächst zur Abstimmung so bringen, über den anderen Inhalt gehe ich mal davon aus, sind wir ja einverstanden, nämlich den vorgelegten Entwurf des Flächennutzungsplanes 2020 das weitere Verfahren durchzuführen in Form der frühzeitigen Bürgerbeteiligung und auch durch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. Und vorweg wäre nun zu entscheiden, ob das Planwerk um die Verlängerung des Lärmschutzes auf der Seite zum Ort Rot bis zur Autobahn in diesen Entwurf mit aufgenommen wird, bis zur Walldorfer Straße.

Herr Schlett.

**Gemeinderat Schlett:**

Ich habe dazu eine ergänzende Frage. Ich kann mich entsinnen, dass wir in Schwäbisch-Hall darüber diskutiert haben, wir einig waren, wir wollen den Lärmschutz hier weiterführen. Dann kam die Antwort, dort wäre es sinnlos. Wohl deshalb, weil ein Lärmschutz, der so weit von der Autobahn weg ist, den Lärm der Autobahn, der hier alles überlagert, nicht dämpfen kann, so dass wir hier, wenn wir dem Vorschlag, gegen den ich nichts habe, im Gegenteil, man könnte ja sagen ok, immer besser als nichts, vielleicht eine Million Euro aufwenden, aber am Ende allenfalls einen Sichtschutz haben, aber mehr nicht. Das ist die Frage, ob ich da ob mich mein Gedächtnis, Herr Kleiber, im Stiche lässt, oder ob das nun von der Frage Lärmschutz, und es geht hier um Verringerung von Lärm, so richtig ist oder es vielleicht doch einige Dezibel weniger an Lärm bringen könnte.

**Bauamtsleiter Kleiber:**

Der Bereich zwischen Walldorfer Straße und „Bucheck“, wie jetzt erwähnt oder wie gefordert, war nicht Gegenstand der Untersuchungen. Nein, wir haben den Bereich untersucht, der damals immer thematisiert wurde, Friedhofstraße bis raus Richtung Bahnhofstraße, und in der Dezembersitzung wurde dann gesagt, wir schieben das ganze zwei Gewanne nach Norden, dann hat es geheißen nein, wir lassen das Richtung Bahnhofstraße drin und verlängern zwei Gewanne nach Norden und das wurde gemacht.

**Beigeordneter Kremer:**

Gut, Herr Lang hat sich noch gemeldet.

**Gemeinderat Lang:**

Ja uns geht's halt hauptsächlich darum, dass diese Fläche einfach mal eingestellt ist. Und wenn wir dann Erkenntnisse haben, inwiefern dass Maßnahmen wirksam werden, dann brauche wir nicht das ganze Prozedere noch mal machen, um hier Planungsgrundlagen zu schaffen. Deshalb wär's uns wichtig, dass wir das in der Planung jetzt schon eingestellt haben. Und sollten sich zeigen, dass die Maßnahmen dann positiv greifen, könnten wir aufgrund dieser Planung aufbauend dann an dem Lärmschutz weiterarbeiten. Deshalb möchten wir ihn drin haben. Dankeschön.

**Beigeordneter Kremer:**

Also bleibt's bei diesem Antrag, dass man diese Lärmschutzmaßnahme von der Friedhofstraße bis zur Walldorfer Straße verlängert und mit diesem Antrag bereits in die Offenlage geht.

Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um ein Handzeichen. Gegenstimmen. Enthaltungen.

Bei 19 Ja-Stimmen und drei Gegenstimmen so ...

**Gemeinderat Hambeck:**

Vier ...

**Beigeordneter Kremer:**

... vier Gegenstimmen, so da habe ich eine übersehen, wird der Beschlussvorschlag dann erweitert um 3., dass also hier die Bürgerbeteiligung und die Träger öffentlicher Belange nun angehört werden, und die Planunterlage um die Lärmschutzmaßnahme verlängert bis zur Walldorfer Straße zu ergänzen ist.

Wer für dieses Verfahren ist, bitte ich nun um Zustimmung. Gegenstimmen. Enthaltungen.

Also für das Verfahren generell einstimmige Zustimmung.

Vielen Dank.

**Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2005 Nr. 2 Ö Tagesordnungspunkt: 6**

**Bericht zur Nutzung öffentlicher Einrichtungen durch das Privatgymnasium**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Beigeordneter Kremer:**

Ich komme nun zu Punkt 6 Bericht zur Nutzung öffentlicher Einrichtungen durch das Privatgymnasium.

Hier liegt ja ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion vor. Den Mitgliedern des Gemeinderats haben wir die Stellungnahmen, so wie sie bei uns eingegangen sind, an die Hand gegeben. Festzustellen ist, dass es nach kleinen Anlaufproblemen inzwischen in der Benutzung keine Probleme gibt, die in irgendeiner Form von anderen Benutzungen abweichen. Wenn die SPD noch zusätzlich zu ihrem Antrag was sagen will, besteht die Möglichkeit. Herr Mann.

**Gemeinderat Mann:**

Ja Herr Kremer, guten Abend sehr geehrte Damen und Herren. Vielen Dank, dass Sie auf unseren Anfrage oder unseren Antrag so schnell reagiert haben und die Antwort schon geliefert haben. Wie Sie eben gesagt haben, ist Ihren Ausführungen ja zu entnehmen, dass wegen der Nutzung der öffentlichen Gebäude durch das Privatgymnasium keinerlei Einschränkungen der bisherigen Nutzer vorliegen und keinerlei Lasten auf die Gemeinde für die Gemeinde entstehen. Aber vor dem Hintergrund, dass viele Mitglieder auch dieses Rates sehr restriktiv sind, wenn es um Verbesserungen an unseren Grund- und Hauptschule geht, lag es uns doch sehr daran, dass entsprechenden Hinweisen aus der Bevölkerung hier nachgegangen wird. Und es liegt uns, das muss ich auch mal sagen, wirklich sehr daran, dass auch das Privatgymnasium zügig zu ihren neuen Gebäuden kommt. Was in Ihrem Bericht, was ich da vermisst habe, ist das Thema Schwimmbad. Da habe ich jetzt keine Information drüber bekommen, da ist ja auch eine Nutzung vorhanden.

Also ansonsten vielen Dank für die schnelle Auskunft.

**Beigeordneter Kremer:**

Gut, ich habe noch die Wortmeldung von Herrn Götzmann.

**Gemeinderat Götzmann:**

Herr Kremer, meine Damen und Herren, dass es bei einem neuen Schulbetrieb zu Anlaufschwierigkeiten kommt, das dürfte jedem klar sein. Für die CDU-Fraktion ist dies aber kein Ärgernis, weshalb wir auch keine Anfrage diesbezüglich gestellt haben. Zwischenzeitlich - im Rahmen dieser Ermittlungen - haben wir festgestellt, dass sechs weitere Container bei dem Privatgymnasium aufgestellt werden sollen. Trifft dies zu und wo sollen die hingestellt werden?

**Beigeordneter Kremer:**

Gut, zunächst vielleicht die Antwort zu Herrn Mann, Schwimmbad. Die Schwimmbadbenutzung erfolgt so wie die anderen Einrichtungen auch, da sind mir noch keine Beschwerden zugegangen, auch keine Reparaturaufträge waren zu erteilen. Gehen Sie davon aus, dass die Benutzung ordentlich und unter Aufsicht erfolgt.

Zum Anderen von Herrn Götzmann, Herr Braun.

**Hauptamtsleiter Braun:**

Ja meine Damen und Herren, es trifft in der Tat zu, dass weitere Container aufgestellt werden sollen, einfach deswegen, weil ab dem neuen Schuljahr weitere Klassen eingerichtet werden. Sie haben das ja schon gehört, meines Wissens sind 4 neue Klassen ab dem kommenden Schuljahr geplant. Der Bauantrag wurde eingereicht, Herr Dietz und ich haben uns den Bauantrag angeschaut, nach Rücksprache mit dem Bürgermeister haben wir den Geschäftsführer und den planenden Architekten darauf hingewiesen, dass die Anordnung der Container nicht dem entspricht, wie wir es gerne hätten. Es war vorgesehen, die Container weitgehend auf dem jetzigen asphaltierten Parkplatzbereich aufzustellen. Unserer Meinung nach war dies deswegen nicht zweckmäßig weil wir nicht wissen, wie tragfähig der Untergrund tatsächlich ist. Sie wissen, dass dieser Bereich ja früher mal Friedhofsbereich war. Wir haben deswegen dem Herrn KIRSTEIN und dem Planer aufgegeben, die Unterbringung dieser zusätzlichen Container auf dem Gelände, auf dem spitz zulaufenden Gelände, das unbefestigt ist, im Grundsatz in zweiter Etage durchzuführen. Und so wie wir informiert sind und zugesagt wurde, wird dies entsprechend umgeplant.

**Beigeordneter Kremer:**

Bauausschuss wird informiert, Herr Hambeck.

Gut damit, hier ist ja kein Beschluss notwendig, gehe ich davon aus, dass die Berichterstattung erfolgt ist.

**Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2005 Nr. 2 Ö Tagesordnungspunkt: 7**

**Harres Veranstaltungszentrum – Austausch von Dampflampen durch EVG**

**hier: Mittelübertragung und Auftragsvergabe**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Beigeordneter Kremer:**

Ich komme dann zu Punkt 7, Harres Veranstaltungszentrum, Austausch von Dampflampen durch EVG, Mittelübertragung und Auftragsvergabe.

Grundsätzlich ist zu sagen, dass ja im Harres noch Lampen der ersten Generation mit Starter drin sind. Wenn man die ausschaltet, dann muss man eine gewisse Zeit warten, bis sie wieder angehen. Es ist nun vorgesehen betriebskonform diese auszutauschen durch dimmbare Lampen. Die Angebote sind eingeholt, es war öffentlich ausgeschrieben. Das günstigste Angebot hat die Firma Willi Seidel aus St. Leon-Rot zum Preis von 30.531,20 Euro abgegeben. Diese Mittel standen in Haushalt 2004 zu Verfügung, sind dem Grunde nach verfallen, aber dieser Gemeinderat kann die Mittel auf den Haushalt 2005 übertragen. Die beiden Dinge sollten nun von Ihnen beschlossen werden.

Können wir insgesamt über diesen Antrag abstimmen, sind Wortmeldungen dazu?

Nicht der Fall, beide Teilbeschlüsse einstimmig von Ihnen so gebilligt?

Vielen Dank.

**Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2005 Nr. 2 Ö Tagesordnungspunkt: 8**

**Wünsche und Anfragen aus der Mitte des Gemeinderats**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Beigeordneter Kremer:**

Ich komme dann zu Punkt 8 Verschiedenes.

Wir haben Ihnen die Statistik auf den Tisch gegeben, wie sie auch in den Gemeindenachrichten dann erscheinen wird.

Sonst liegt seitens der Verwaltung unter Verschiedenes nichts vor.

**Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2005 Nr. 2 Ö Tagesordnungspunkt: 9**

**Wünsche und Anfragen aus der Mitte des Gemeinderats**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Beigeordneter Kremer:**

Ich komme dann zu Punkt 9 Wünsche und Anfragen.

Ich gehe davon aus, dass wir zu diesem Punkt das machen können, dass es Wünsche und Anfrage ist. Und da liegt mir die erste vor von Herrn Götzmann.

**Gemeinderat Götzmann:**

Bei einer Sitzung im vergangenen Jahr habe ich die Gemeinde beauftragt, bei der nächsten Verkehrstagfahrt zu prüfen eine Abbiegespur zum „Schiff“. Jetzt wollte ich wissen, ob die Sitzung stattgefunden hat, und wie das Ergebnis ausgefallen ist?

Das Verkehrskonzept im „Schiff“ ist nicht ausgereift. Trotz Absperrung laufen weiterhin Leute von der Rampe Aldi auf die L 546. Viele wissen gar nicht, dass wir vor dem Rathaus Überquerungshilfe für die Fußgänger haben. Hier sollte man vielleicht noch ein Schild „Achtung Fußgänger“ hinstellen. Man sollte diesen Hinweis auch mal im Gemeindeblatt veröffentlichen. Die Leute wissen nicht, wie sie dort laufen sollen.

**Beigeordneter Kremer:**

Dem Grunde nach ist Ihrem Vortrag nichts hinzuzufügen, nur wir können die Leute nicht erziehen, dass sie Abschränkungen beachten. Wir können auch keine persönlichen Begleiter stellen, das müssen wir einfach so sehen. Diese Freiheit haben wir, ein Hinweis im Gemeindeblatt ist kein Problem. Bezüglich Abbiegespur war glaube ich eine Besichtigung, da kann der Herr Braun etwas dazu sagen.

**Hauptamtsleiter Braun:**

Die Verkehrstagfahrt hat stattgefunden. Es wird ein Provisorium derart gemacht, dass keine direkte Linksabbiegespur eingerichtet wird, aber der vorbeifahrende Verkehr dadurch ermöglicht wird, dass der ausgefahrene Teil jetzt in dem Bereich zwischen der parallelen Franziskusstraße und der L 546 vom Straßenbauamt, die sind ja Straßenbaulastträger, provisorisch mit Gittersteinen befestigt wird. Darüber hinausgehende Maßnahme sind laut Aussage des Zuständigen des Straßenbauamts, der teilgenommen hat, mangels Masse nicht möglich.

**Beigeordneter Kremer:**

Herr Hambeck.

**Gemeinderat Hambeck:**

Ja, ich habe in der letzten Sitzung gefragt, was diese doch recht unschöne Abholzerei am Friedhof in St. Leon an der Wallgrabenstraße bedeuten soll. Inzwischen ist da alles platt gemacht, gibt's gar kein Holz mehr dort. Und da wurde mir geantwortet, es sei wahrscheinlich ein Pflegegang. Also, das kann ja wohl nicht wahr sein, dass das nicht in der Verwaltung bekannt ist, wenn so eine Riesenmaßnahme stattfindet, dass das als Pflegegang vielleicht verwechselt wird. Dass muss man sich mal ansehen, da ist nix mehr, da ist kein grünes Blatt mehr, da ist alles weg. Was ist das jetzt für eine Maßnahme. Was geschieht dort?

**Beigeordneter Kremer:**

Herr Braun.

**Hauptamtsleiter Braun:**

Ja das ist natürlich kein Pflegegang. Wenn Sie sich erinnern, war im Haushalt 2004 Mittel drin für eine Wand entlang der Wallgrabenstraße. In Fortsetzung dieser massiven Wand entlang der Pfalzstraße sollte dort mit Pfosten, die verkleidet werden mit dem selben Stein, wie er an der Pfalzstraße eingesetzt wurde, ein neuer Zaun gezogen werden und eine Bepflanzung erfolgen. Im Zuge der Planung hat man nun festgestellt, eine Ausschreibung hat stattgefunden, es hat sich eine Firma beteiligt. Das Ergebnis war, dass die Mittel bei weitem nicht ausreichen würden, diese Maßnahme in der geplanten Art und Weise durchzuführen. Die Ausschreibung wurde aufgehoben. Es wird jetzt diese Maßnahme nur durch eine gutaussehende, denke ich, die Fachleute machen das ja, Bepflanzung vorgesehen. Es kommt da also wieder etwas hin, Herr Hambeck. Wobei, vielleicht noch ein kleiner Hinweis, in dem Bereich, in dem die Wand geplant war, hat sich herausgestellt, dass im Untergrund Kabel der EnBW sich befinden, so dass die künftige Bepflanzung weiter in den Friedhof herein gerückt werden muss, als die bisherige war, die saß auf diesen Kabeln.

**Beigeordneter Kremer:**

Ergänzende Frage möglich.

**Gemeinderat Hambeck:**

Ich hab jetzt ergänzend noch eine Frage. War das in den 80.000 für die Wegeplanung drin, was die Mauer wie Sie sagen, und 2. wird dann auch, bis das aufgewachsen ist, irgendwie ein Zaun, dass nicht ständig durchgelaufen wird, dass niedergetrampelt wird. Denn so war es ja bisher.

**Hauptamtsleiter Braun:**

Wenn ich das Zeichen vom Herrn Dietz richtig gedeutet habe, kommt ein niedriger Zaun hin, ...

**Gemeinderat Hambeck:**

Gut, danke.

**Hauptamtsleiter Braun:**

.....dass also nicht frei durchgelaufen werden kann. Wir kennen ja die Problematik aus der bisherigen Bepflanzung, dass da, wo ein Loch war, alle reinmarschiert sind.

**Beigeordneter Kremer:**

Die nächste Wortmeldung war von Herrn Mann.

**Gemeinderat Mann:**

Ja danke schön. Ich darf feststellen, dass die Haartrockner im Schwimmbad wieder alle funktionieren, also vielen Dank für die schnelle Reaktion...

**Beigeordneter Kremer:**

Immer funktioniert haben....

**Gemeinderat Mann:**

Haben?

**Beigeordneter Kremer:**

Ja

**Gemeinderat Mann:**

Gut, ich hab, dass sagen Sie. Also ich hab jetzt die Beschwerden der Eltern aufgenommen und habe das hier vorgetragen und habe jetzt letzten Donnerstag nachgeprüft, es ging alles. Gut. Dann geht's um folgendes, hinsichtlich der Gemeinderatsliste ist leider in der letzten

Veröffentlichung im Gemeindeblatt nicht ersichtlich gewesen, dass der Herr Braun diese Liste sofort hier verteilt hat. Was natürlich wiederum zu Fragen geführt hat, ob unser Anfrage oder meine Anfrage einfach ignoriert worden ist hier im Gremium.

Meine Frage ist die, wie hoch ist der personelle und finanzielle Aufwand für diese Art der Berichterstattung im Gemeindeblatt? Ich frage das nicht nur, weil wir gegen diese Art der Berichterstattung waren, sondern auch weil überall gespart werden soll, und andererseits hier das Geld in den Sand gesetzt wird, meines Erachtens. Die Stimmen, die ich jetzt mittlerweile empfangen habe aus der Bevölkerung, die zeigen eher Unverständnis. Wie, wann hören wir damit auf, wäre meine Frage?

Die nächste Frage ist, wie ist der Stand um die Bemühungen der Rückziehung der Klage gegen die Planfeststellung?

**Beigeordneter Kremer:**

Herr Mann, Sie wissen, der Gemeinderat hat beschlossen, dass diese Veröffentlichung, diese Protokollierung für 6 Monate probeweise stattfinden soll. Dieser Beschluss kann durch die Verwaltung nicht geändert werden Punkt 1.

Punkt 2 die Vereinbarungen bezüglich Planfeststellung sind im Moment verwaltungsintern und mit dem Eigentümer ausgehandelt. Im Moment ist der Notar derjenige, der die Sache noch zu beurteilen hat. Gehen Sie mal davon aus, dass keine Störungen bis jetzt aufgetreten sind. Auch die Vereinbarung mit dem Regierungspräsidium ist im Entwurf da, da dürfte es auch keine Verzögerungen geben.

Bezüglich der Kosten, da weis ich nicht ob da schon Untersuchungen gemacht worden sind. Herr Braun.

**Hauptamtsleiter Braun:**

Ja, präzise Kosten kann ich derzeit natürlich noch nicht nennen. Ich kann Ihnen nur ein paar Rahmencahlen bieten. Zum einen war die Schreibkraft mit dem Protokoll 14 Tage beschäftigt, bis es geschrieben war. Mich hat es einen Tag gekostet, bis ich das abgehört hatte und auf Fehler überprüft hatte. Und dann musste es ja noch für die Bekanntmachung in den Gemeindenachrichten etwas angepasst werden, sage ich mal vorsichtig. Also in Mark und Pfennig bzw. Cent und Euro kann ich es Ihnen noch nicht sagen. Ich werd's aber, wenn Sie das wünschen, gerne mal berechnen.

**Beigeordneter Kremer:**

Die nächste Wortmeldung war von Herrn Speckert.

**Gemeinderat Speckert:**

Herr Kremer ich darf Bezug, so jetzt. Ich darf Bezug nehmen auf den Terminvorschlag 15. März, Sondersitzung zum Thema Bäderkonzept, und habe die Bitte, diesen Termin auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Ich habe nichts gegen die Sitzungsvorlagen, dass man die entsprechend hier mal einvernehmlich zur Kenntnis nimmt. Aber ich sehe, im Anbetracht aufgrund der Haushaltssituation, derzeit keine kurzfristige Realisierung und demzufolge auch keine Dringlichkeit zu dieser Sondersitzung. Das stelle ich als Antrag und bitte um Verständnis, dass wir hier dieses Thema auf unbestimmte Zeit vertagen.

**Beigeordneter Kremer:**

Dieses Bäderkonzept sollte ja nichtöffentlich dem Gemeinderat vorgestellt werden. Ich hätte im nicht-öffentlichen Teil, hätte ich sowie so nachgefragt, ob dies an diesem 15. März sinnvoll ist als Sondertermin. Wir können nichtöffentlich über die Behandlung dann in einer allgemeinen Sitzung mit noch anderen Punkten diskutieren. Aber ich meine, dass die Dinge, wie der Gemeinderat jetzt da weiter verfahren soll ...

Ende Kassette 1

**Gemeinderat Edinger:**

Sehr geehrte Damen und Herren, wie vom Gemeinderat beschlossen, wurden in den Gemeindenachrichten das Wortprotokoll der letzten Gemeinderatssitzung abgedruckt. Wir die Fraktion der Freien Wähler begrüßen dies außerordentlich. Ich war jedoch erschreckt darüber, wie viele Schreibfehler dieses Protokoll beinhaltet. Es scheint fast so, als wolle Herr Bürgermeister Eger, als verantwortlicher Redakteur der Gemeindenachrichten, uns Gemeinderäte hier vorführen oder lächerlich machen. Oder wie ist es zu erklären, dass ein Wortlautprotokoll das in schriftdeutsch abzuhalten ist, so formuliert ist, dass man es mit etwas Mühe als Lautschrift lesen kann. Falls Herr Eger nicht weiß, wie ein Protokoll schriftlich zu gestalten ist, habe ich hier ein Buch „Protokollführung leicht gemacht“ und das hab ich mitgebracht und würde es gern zur Verfügung stellen. Ich bitte die Verwaltung, dies Herrn Eger weiterzuleiten, mit dem Hinweis, dass selbst in der Schweiz, in der die Debatten nachweislich in swyzerdeutsch abgehalten werden, die Wortlautprotokolle in schriftdeutsch gehalten sind. Selbst in reinem Hochdeutsch spricht man ...

**Beigeordneter Kremer:**

Sollten wir im Rahmen der Fairness diese ...

**Gemeinderat Edinger:**

.....selbst in, darf ich meine Ausführung fertig machen?

**Beigeordneter Kremer:**

.... Dinge verschieben nicht bis der Bürgermeister da ist.

**Gemeinderat Edinger:**

.... .Sie können das ja dann weiterleiten. Selbst in einem reinen Hochdeutsch spricht man bei Chinesen oder Quarkkuchen ein hörbares K am Wortanfang. Niemand würde jedoch bei einer Niederschrift, diese Wörter mit K schreiben. Und falls Herr Eger unsere badisch angehauchte Aussprache ins Lächerliche ziehen wollte, dann ist der Schuss nach hinten losgegangen. Denn unsere Bürger haben ein feines Gespür für so ein Verhalten. Und falls dies nicht der Fall war, wie konnte dann Herr Eger, wie gesagt als verantwortlicher Redakteur, diese Fehler, diese immensen Anzahl an Fehler, nicht bemerken? Ich bitte daher die Verwaltung, das Wortlautprotokoll in geeigneter, professioneller Weise zu erstellen und zu veröffentlichen. Vielen Dank.

**Beigeordneter Kremer:**

Missfallenskundgebungen sind genauso wenig zulässig, müssen wir so sehen. Dem Grunde nach dem Grunde nach ist es klar, es war Wortprotokoll, und das hat man wortwörtlich umgesetzt. Ich bin nicht derjenige der diese Dinge zu vertreten hat. Ich hatte gebeten, dass man die Dinge vielleicht zurückstellt, bis der Bürgermeister selber da ist, dass er auch persönlich Stellung nehmen kann. Ich meine, das sollte man dann in irgendeiner Form dann das nächste Mal dann machen, damit er seine Intuition und seine Haltung hier darstellen kann. Ich hab die Wortmeldung von Herrn Dr. Hanke.

**Gemeinderat Dr. Paul Hanke:**

Meine Damen und Herren, ich möchte gegen eine Überregulierung angehen. Die S-Bahn, der Bahnhofvorplatz der S-Bahn ist ein einziges Halteverbot. Selbstverständlich sind die Bushaltestellen Halteverbote, das ist ganz klar. Aber jeder, der da hinfährt und auf dem breiteren Bahnhofsvorplatz am Bahnhofsgebäude hält, benimmt sich illegal. Das ist eigentlich völlig überzogen. Ich denke ein Parkverbot würde da ausreichen, so dass nicht ständig zugeparkt wird, aber Abholen und Hinbringen muss schon möglich sein. Ansonsten führt die Inflationierung der Schilder nur zur Missachtung.

**Beigeordneter Kremer:**

Wir haben hier die Gemarkungshoheit von Malsch. Wir würden diesen Hinweis aufnehmen, um ihn an Malsch weiterzugeben, dass man vielleicht im Rahmen einer Tagfahrt das Ein- und Aussteigen, was sinnigerweise in einem Bahnhof wohl möglich sein sollte, auch dann möglich wird.

Ich habe dann als Wortmeldung noch Herrn Heger.

**Gemeinderat Rudi Heger:**

Ja Herr Kremer, meine Damen und Herren, eingangs der Gemeinderatssitzung habe ich eine einen Antrag verteilt und möchte zu dem Antrag gerne drauf antworten oder möchte den Antrag gerne verlesen. Und zwar geht es mir persönlich um Kostenerstattung bzw. Aufwandsentschädigung für die Tätigkeit als Gemeinderat. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, seit September 2004 bin ich im Gemeinderat St. Leon-Rot als Vertreter der FDP. Entsprechend den Satzungen der Gemeinde steht jeder Fraktion eine pauschale Kostenerstattung für

die allgemeine Tätigkeit zuzüglich einer Pauschale für Fraktionssitzungen zu. Geregelt ist in den genannten Satzungen der Gemeinde, dass die Kostenerstattungen nur den Fraktionen, jedoch nicht Einzelmitgliedern zustehen. Gerade hier entsteht ein erheblicher finanzieller Nachteil für Mitglieder des Gemeinderates, die keine Fraktionsstärke erreicht haben. Während sich Fraktionen aus dem Budget heraus ihre laufenden Kosten decken können, haben Einzelmitglieder hier keine Chance. Mitglieder ohne Fraktionsstatus haben gegenüber Mitgliedern mit Fraktionsstatus einen erheblichen Mehraufwand.

Daher stelle ich den Antrag, dass aus dem Budget auch Einzelmitglieder ohne Fraktionsstärke diese Kostenerstattungspauschale erhalten. Damit wird eine Gleichstellung und Gleichbehandlung erreicht. Darüber hinaus sollte eine Vergütung für die monatlichen vorbereiteten Arbeiten zur Gemeinderatssitzung im gleichen Verhältnis wie den Mitgliedern einer Fraktion zur Verfügung stehen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie meinen Antrag unterstützen und befürworten würden. Dankeschön.

**Beigeordneter Kremer:**

Wir werden Ihren Antrag selbstverständlich im Rahmen der nächsten Beratungen auf die Tagesordnung bringe, wobei wir hier vielleicht jetzt zu den Fraktionen noch folgendes sagen sollten. Wir hatten ja auch hier Hinweise bei der letzten Gemeindeprüfung über diese Fraktionsentschädigungen. Ob man wenn man jetzt, das müsste man ja satzungsmäßig ändern, ob man da die Dinge etwas anders gestalten. Das würde ich dann aber dann auch empfehlen, dass man es dann interfraktionell bespricht, um dann einheitlich dann eine Entscheidung zu finden.

Ich hab noch die Wortmeldung von Herrn Geider.

**Gemeinderat Rudi Heger:**

Darf ich noch was anmerken?

**Beigeordneter Kremer:**

Ja, gern.

**Gemeinderat Rudi Heger:**

Also ich hätte noch gern, ich wollte noch gern Antwort geben dem Herrn Edinger. Ich meine, ich weiß nicht in welcher Gemeinde er lebt, also es betrifft das Wortprotokoll. Ich wurde also mehrfach von Gemeindemitgliedern als darauf angesprochen, ich möchte das also nicht wörtlich wiedergeben, sondern welche hirnrisigen Leute im Gemeinderat haben diese Idee gehabt mit dem Wortprotokoll. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Danke.

**Gemeinderat Geider:**

Das ist auch gut so, wenn du nix sagst.

**Beigeordneter Kremer:**

Ich glaube wir sollten dieses Thema im Moment hinten anstellen, wir kommen da wohl zu keinem besseren Ergebnis.

Herr Geider.

**Gemeinderat Geider:**

Werte Anwesende, das Planfeststellungsverfahren der Umgehungsstraße ist fertig gestellt. Seit dass wir Wortprotokoll eingeführt haben, bemerken die Bürger, was in punkto Umgehungsstraße so abgegangen ist. Bei mir persönlich wurde Bedarf einer Brücke für den Rauenberger Weg zur Überquerung der Umgehung gemeldet. Ich als Bürger habe mich damals erheblich für eine Brücke eingesetzt mit dem Ziel, die Grundstücke in Rauenberg mit weniger Gefahr zügig erreichen zu können für alle Bürger, sei dies mit dem PKW oder Traktor. Der Gemeinderat erklärte sich damals in Sache Umgehung sehr wachsam. Meine Frage, kann man da noch zu einer sinnvollen Lösung kommen oder hat man hier was verpasst? Sah man hier auch keine Interesse von Seiten der Verwaltung? Wer war eigentlich der Drahtzieher dieser bürgerhinterhältigen, wenn ich heute hören muss, dass noch nicht einmal eine Anbindung, eine Anbindung in den Gewerbegebiet oder in das Gewerbegebiet „Schiff“ vorhanden ist? Danke.

**Beigeordneter Kremer:**

Herr Geider, wir machen Flächennutzungsplanung und dort werden die Dinge neu geregelt. Ich wir kennen Ihre Haltung zu manchen Fragen, die sind akzeptiert, die können Sie hier vortragen. Insgesamt müssen wir halt sehen, wie wir die Gemeinde weiterbringen.

Bei mir liegen keine weiteren Wünsche und Anfragen aus der Mitte des Gemeinderates mehr vor. Ich darf mich bei Ihnen bedanken, auch für Ihren Besuch bedanken und die Sitzung des öffentlichen Teils schließen.

---

Der Bürgermeister:

Eger

Für die Protokollführung:

(Braun)

Für den Gemeinderat:

.....  
(Horst Knopf)

.....  
(Siegfried Köck)